

## **Koalitionsvertrag: „Mehr Fortschritt wagen – mit ethischen Rückschritt?“**

Zum in dieser Woche veröffentlichten Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sagte die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht e.V., Alexandra Linder, heute in Berlin:

Der erste Satz des Abschnitts „Reproduktive Selbstbestimmung“ klingt verheißungsvoll: „Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.“ Im Text jedoch steht nichts von der Stärkung der Frauen zur Durchsetzung ihres Kinderwunsches gegen den Druck der Männer – dieser Druck ist bei etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Frauen ein wesentlicher Grund für eine Abtreibung.

Nichts steht im Text zum Schutz vorgeburtlicher Mädchen, damit sie nicht wegen Geschlechterdiskriminierung abgetrieben werden. Nichts steht darin zum Schutz vorgeburtlicher Mädchen (und Jungen) davor, wegen einer Behinderung oder Krankheit aussortiert und getötet zu werden. Nichts steht darin von unvollständigen Beratungen, die dazu führen, dass manche Frauen erst vor der Abtreibungseinrichtung erfahren, dass es Alternativen zur Abtreibung und Hilfsangebote gibt – dieses Nothilfeangebot oder friedliche Gebete für Frauen, Kinder und Abtreibungspersonal als „Gehsteigbelästigung“ zu bezeichnen, ist böswilliges Negativ-Framing und entmündigt die Frauen, die durchaus selbstbestimmt in der Lage sind, Gesprächs- und Hilfsangebote anzunehmen oder abzulehnen.

Nichts steht im Text davon, dass man mit „telemedizinisch“ betreuter Beratung und Abtreibung zu Hause Gesundheitsrisiken bewusst in Kauf nimmt (zum Beispiel bei Eileiterschwangerschaft, Rhesusunverträglichkeit, falschen Angaben des Kindesalters etc.) und der Vertuschung von Missbrauch und Abtreibungszwang Vorschub leistet.

Allein wissenschaftlich und medizinisch ist es unhaltbar, Abtreibung als Gesundheitsversorgung und damit Schwangerschaft als Krankheit zu deklarieren, Kinder vor der Geburt zu entmenschlichen und als Gebärmutterinhalt oder Fruchtblase zu bezeichnen – womit Abtreibungsexperten in ihren künftig erlaubten Werbebroschüren seit vielen Jahren illegal die Frauen belügen.

Dieser ethische Rückschritt wurde in keiner Diskussion und auch bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages nicht thematisiert.

Kein Wunder: Mit einem solchen „Fortschritt“ ist kein Staat zu machen. Die Autoren des Koalitionsvertrages wollen offenbar noch mehr als 100.000 Abtreibungen jährlich. Sie kapitulieren vor echten Herausforderungen und machen sich eine Ideologie zu eigen, die an der Wirklichkeit der Menschen

vollkommen vorbeigeht, Frauen künftig noch weniger unterstützt und weitere Millionen Mädchen und Jungen der vorgeburtlichen Tötung preisgibt – gegen alle Vernunft, gegen die Erkenntnisse der Embryologie, gegen die Menschenrechte.

Quelle: [Der Koalitionsvertrag: „Mehr Fortschritt wagen – mit ethischem Rückschritt?“ – Bundesverband Lebensrecht \(bundesverband-lebensrecht.de\)](#)

Alexandra Maria Linder, Jahrgang 1966, ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach dem Studium der Romanischen Philologie und Ägyptologie machte sie sich als Übersetzerin, Lektorin und Dozentin selbständig. Außerdem ist sie als Moderatorin und journalistisch unter anderem für Vatican-Magazin, idea, LebensForum und Tagespost tätig und schreibt Bücher zu Lebensrechtsthemen. 1992 trat Linder der Aktion Lebensrecht für Alle e.V. bei und war 16 Jahre im Geschäftsführenden Bundesvorstand, zuletzt von 2016-2019 als Bundesvorsitzende. Seit April 2017 ist sie Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht.

<https://www.bundesverband-lebensrecht.de/>